



über die
6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 11.12.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:35 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Christian Voss

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Sonja Richard
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Herr Dr. Jörg Frey
Herr Detlef Knop
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 11 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte Herr Hupe, dass am vergangenen Wochenende der langjährige Leiter des Fachbereichs Innerer Service, Reinhard Lantin, verstorben ist und bat eine Gedenkminute einzulegen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Gestaltungssatzung für den Bereich des im Aufstellungsverfahren befindlichen Bebauungsplans Nr. 18 Ka-HW (Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung) innerhalb des Bebauungsplanes Nr. 1 Ka-HW (Heeren) hier: Satzungsbeschluss	117/2007
2	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen	107/2007
3	Änderung der Hundesteuersatzung	100/2007
4	Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung	121/2007
5	Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen	122/2007

6	Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung	127/2007
7	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen	129/2007
8	Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung -	130/2007
9	Feststellung Jahresabschluss 2005	126/2007
10	Zustimmung zur Leistung einer weiteren Kommanditeinlage der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen in die Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG zur Mitfinanzierung des Ausbaues der weiteren Kaverne S 41	108/2007
11	Heim-, Vollzeit- und Tagespflegekosten hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	132/2007
12	Sportflächensituation in Kamen-Methler	112/2007
13	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
117/2007

Gestaltungssatzung für den Bereich des im Aufstellungsverfahren befindlichen Bebauungsplans Nr. 18 Ka-HW (Hans-Böckler-Straße/THS-Siedlung) innerhalb des Bebauungsplanes Nr. 1 Ka-HW (Heeren)
hier: Satzungsbeschluss

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

- Zu TOP 2.
107/2007 Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 3.
100/2007 Änderung der Hundesteuersatzung
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 4.
121/2007 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 5.
122/2007 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 6.
127/2007 Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 7.
129/2007 Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 8.
130/2007 Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung -
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen
- Zu TOP 9.
126/2007 Feststellung Jahresabschluss 2005
ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 10.
108/2007

Zustimmung zur Leistung einer weiteren Kommanditeinlage der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen in die Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG zur Mitfinanzierung des Ausbaues der weiteren Kaverne S 41

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 11.
132/2007

Heim-, Vollzeit- und Tagespflegekosten
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 12.
112/2007

Sportflächensituation in Kamen-Methler

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für eine Übertragung der Nutzungsrechte an der Sportplatzanlage Jahnstraße zugunsten des Fußball- und Leichtathletik-Verband Westfalen e.V. notwendigen vertraglichen Regelungen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

13.1 Mitteilungen der Verwaltung

13.1.1 „JobSozial 100“-Programm für Langzeitarbeitslose

Herr **Brüggemann** berichtete über das von der ARGE geförderte Programm „JobSozial 100“. Das sehe vor, Langzeitarbeitslose an ÖPNV-Plätzen einzusetzen, um Beratung und Informationen zu An- und Abfahrzeiten und Umsteigemöglichkeiten zu geben, älteren und behinderten Menschen Hilfeleistungen beim Ein- und Aussteigen anzubieten sowie Verhaltensaufklärung zur Vermeidung von Verunreinigungen zu betreiben. Des weiteren sollten grobe Verunreinigungen beseitigt und die Leerung der Abfallbehälter vorgenommen werden. Durch die Anwesenheit solle den ÖPNV-Nutzern mehr Sicherheit gegeben werden, vorzugsweise an den Standorten Alter Markt und Busbahnhof. Das Projekt sei nicht als gemeinnützige Tätigkeit zu sehen. Vielmehr werde den Langzeitarbeitslosen ein 2-Jahresvertrag angeboten. Der Zuschuss zu den Personalkosten sei mittlerweile durch die ARGE bewilligt. Die Bewerberauswahl, so Herr Brüggemann, werde in den nächsten Wochen stattfinden. Die Qualifizierung erfolge in Zusammenarbeit mit der Polizei sowie den Ordnungsbehörden, um Informationsschulungen insbesondere zum Umgang mit Bürgern in

Konfliktsituationen zu geben. Es sei beabsichtigt, 5 Langzeitarbeitslose einzusetzen.

Darüber hinaus sei zur Pflege des Stadtgrüns ein Projekt in ähnlicher Struktur geplant. Jedoch sei hier bislang noch keine Bewilligung seitens der ARGE erfolgt.

13.1.2 Nordstadt

Herr **Brüggemann** schilderte, dass zur Fortführung des Nordstadtforums und zur Entwicklung eines Stadtteilkonzeptes eine soziologische Wohnbereichsanalyse durchgeführt werden sollte. Eine zunächst geplante wissenschaftliche Begleitung durch die Fachhochschule Dortmund und das Multikulturelle Forum Lünen habe nicht umgesetzt werden können. Aus diesem Grund habe die Verwaltung 3 Teams gebildet, die Daten insbesondere zum Thema Sprachförderung, Schulbesuch von Kindern mit Migrationshintergrund sowie die Bewohnerstruktur in der Nordstadt ermitteln bzw. erfragen werden. Die Zusammenstellung der Daten werde u.a. in der nächsten Stadtteilkonferenz im März bzw. im Integrationsrat im April des nächsten Jahres vorgestellt.

13.1.3 Hülpert-Autopark

Herr **Hupe** informierte über die Absicht der Geschäftsführung des Hülpert-Unternehmens, das Bauvorhaben im Kamen Karree aufzugeben sowie die Filiale an der Unnaer Straße zu schließen. Es sei vereinbart, mit Hülpert Gespräche zur Nachnutzung im Januar zu führen. Des Weiteren stehe man im laufenden Kontakt mit dem Autohändler Muermann sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna, um neue Investoren zu finden. Eine zeitnahe Vermarktung der Fläche könne durch die Firma Hülpert selbst gemanagt werden oder alternativ durch die Stadt, indem das Grundstück unter vertretbaren Konditionen zurückgekauft werde. Die vom Investor bereits getätigten Investitionen und Erschließungen dürften nicht zu Lasten der Bürger gehen und würden daher nicht im vollem Umfang getragen. Bisher sei der Stadt kein Schaden entstanden. Zu führende Gespräche mit eventuellen Investoren, so Herr Hupe, müssten unter dem Aspekt des geltenden Planungsrechtes erfolgen. Eine Änderung des bestehenden Bebauungsplanes sei zunächst nicht angedacht. Er zeigte sich zuversichtlich, zeitnah eine sachgerechte Lösung zu entwickeln.

Herr **Kissing** erklärte, in seiner Fraktion sei der Rückzug von Hülpert aus dem Kamen Karree ebenfalls intensiv diskutiert worden. Die Vorgehensweise der Verwaltung, einen Rückerwerb des Grundstücks zur weiteren Vermarktung zu realisieren, werde unterstützt. Jedoch müsse die Neuan siedlung von Gewerbe in Einklang mit dem Bebauungsplan stehen und dürfe nicht dem innerstädtischen Einzelhandel schaden. Da die Gewerbefläche im Karree eine sehr gute Lage habe, sehe er gute Chancen in einer relativ zügigen Vermarktung.

13.2 Anfragen

13.2.1 Urteil zum Gemeindefinanzierungsgesetz

Frau **Dyduch** bezog sich auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2006, das eine Rückerstattung des zuviel gezahlten Solidarbeitrages der Kommunen vorsehe. Sie erkundigte sich, ob die Verwaltung bereits Angaben zu den finanziellen Auswirkungen machen könne.

Herr **Baudrexl** führte aus, dass der Verfassungsgerichtshof NRW entschieden habe, dass die kommunale Zahlungsverpflichtung die bundesrechtlich vorgegebene Obergrenze von 40 v.H. des Landessolidarbeitrages nicht überschreiten dürfte. Durch den von den Kommunen zu leistenden Beitrag sei eine deutliche Überzahlung festgestellt worden, die als nicht verfassungsgemäß eingestuft wurde. Grundsätzlich sei die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes NRW zu begrüßen. Im Hinblick auf die sich aus dem Wohngeldausgleichsgesetz ergebene unterschiedliche Lastenverteilung sei das Urteil als wichtiges Signal zu sehen, da der Kreis Unna eine Klage gegen diese Regelung anstrebe.

Bezüglich der Rückabwicklung des zuviel geleisteten Beitrages könne er noch keine Angaben machen. Der Städte- und Gemeindebund NRW habe empfohlen, die erforderlichen Finanzmittel nicht durch die Absenkung des Verbundsatzes zu kompensieren.

Auf die Zahllast von Kamen bezogen hätte das Urteil keine wesentlichen Auswirkungen. In 2006 sei ein Betrag von 920.000 € gezahlt worden. Der Erstattungsbetrag könne zur Zeit noch nicht beziffert werden, bewege sich aber wohl eher im unteren sechsstelligen Bereich.

13.2.2 Fördergeld

Herr **Hasler** nahm erneut Bezug auf die Erläuterungen zum Projekt „JobSozial 100“ und bat um Informationen zur Förderungshöhe der ARGE. Darüber hinaus erkundigte er sich nach einem Urteil, das den Verkauf öffentlicher Grundstücke mit für Investoren geltende Bauverpflichtungen nach dem Vergaberecht vorsehe und hinterfragte, ob das Urteil sich auf beabsichtigte Erschließungen auswirken werde.

Zum 1. Teil der Anfrage von Herrn Hasler antwortete Herr **Brüggemann**, dass seitens der ARGE eine Förderzusage in Höhe von 190.000 € vorläge. Die Personalkosten würden sich in einem Rahmen von 220.000 bis 240.000 € belaufen. Insoweit sei auch ein kommunaler Anteil zu leisten. Dieser sei im Hinblick auf eine eventuelle Gebührenrelevanz noch zu prüfen.

Zu den durch das Urteil des OLG Düsseldorf festgelegten Ausschreibungsmodalitäten für städtische Grundstücke schilderte Herr **Baudrexl**, dass konkrete Planungsprojekte davon nicht betroffen seien. Weitere Entwicklungen seien abzuwarten.

gez. Hupe
Vorsitzender

gez. Tost
Schriftführer